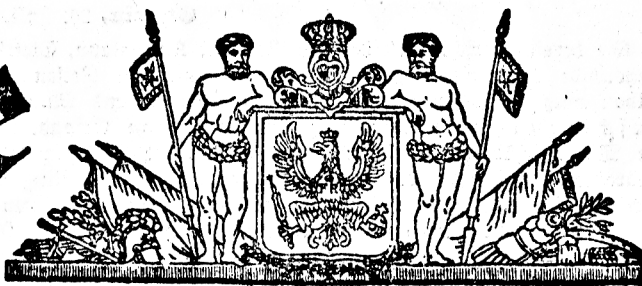


Wossische



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“.

Bezug: Monatlich 8.75 M., vierteljährlich 11.25 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): I. V. Rolf Galler in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Erzbergers Enthüllungen.

Drahtmeldung unserer Weimarer Redaktion.

* Weimar, 24. Juli.

Im Laufe der morgigen Sitzung der Nationalversammlung wird Reichsfinanzminister Erzberger eine Rede halten, die sich vor allem gegen die Rechte wenden wird.

Der päpstliche Nuntius in München, Pacelli, hat sich in einem Schreiben an die deutsche Regierung gewandt, in dem er erklärt, die englische Regierung habe durch den englischen Botschafter in Rom den päpstlichen Stuhl gebeten, in Deutschland anzufragen, wie Deutschland über die belgische Frage denke.

Wie verlautet, werden morgen die Regierungsparteien ein Vertrauensvotum für die jetzige Regierung beantragen.

Im Augenblick in München verhandelter Newcomb-Prozess (über den wir an anderer Stelle berichteten) dem Professor Valod in seiner Aussage als Zeuge auch auf die Besprechung deutsch-nationaler Landwirte mit dem Reichsfinanzminister Erzberger in Weimar zurück, wo unter anderem auch davon die Rede war, daß demnächst zum Vollzug der neuen Steuervorlage einige 60 000 Steuerbeamte ausgebildet werden sollen.

Die Mitglieder der Regierung und der Nationalversammlung, die an der Ausarbeitung der Verfassung maßgebend beteiligt sind, Dr. Preuß, Dr. David, Unterstaatssekretär Heinrich Schulz, die Abg. Hauptmann, Dr. Quark, Weierle u. a. hatten sich heute zu einer Besprechung vereinigt.

Die Mitglieder der Regierung und der Nationalversammlung, die an der Ausarbeitung der Verfassung maßgebend beteiligt sind, Dr. Preuß, Dr. David, Unterstaatssekretär Heinrich Schulz, die Abg. Hauptmann, Dr. Quark, Weierle u. a. hatten sich heute zu einer Besprechung vereinigt, in der sie über die endgültige Verabschiedung der Verfassung in der dritten Lesung, die nächste Woche erfolgen soll, beraten haben.

Die Erledigung der Steuervorlagen.

Heute früh um 9 Uhr tritt der Ältesten-Ausschuß der Nationalversammlung zusammen, um wieder einmal über die Geschäftslage zu beraten. Man wird sofort Steuern wie möglich fertig machen. Die Sozialdemokraten verlangen kategorisch, daß bevor die indirekten Steuern bewilligt werden, die direkten verabschiedet werden, einschließlich des Reichsnotopfers und der Umsatzsteuer.

Die Mitglieder der Regierung und der Nationalversammlung, die an der Ausarbeitung der Verfassung maßgebend beteiligt sind, Dr. Preuß, Dr. David, Unterstaatssekretär Heinrich Schulz, die Abg. Hauptmann, Dr. Quark, Weierle u. a. hatten sich heute zu einer Besprechung vereinigt.

Im Vermögenswachsgesetz hatte, wie berichtet, die Regierung einen Höchstzuwachs von 200 000 M. den Pflüchtigen belassen wollen, der Staatsanleihen einen Höchstbetrag von 440 000 M. Der

10. Ausschuß hat nun beschlossen, und zwar mit einer durch Zentrum und Sozialdemokratie gebildeten Mehrheit, den Höchstbetrag auf 165 000 Mark zu beziffern und außerdem die Steuerhöhe von 50 000 M. an zu verschärfen.

Stützung des Krieganleihenmarktes.

Zur Regulierung des Krieganleihenmarktes ist nunmehr unter Führung der Reichsbank und unter Reichsgarantie ein die gesamte deutsche Bankwelt umfassendes Konsortium in Gestalt einer mit 400 Millionen Mark Grundkapital auszustattenden „Reichsanleihen-Vereinsbank“ gegründet worden.

Das neue Reichswahlgesetz.

Drahtmeldung unserer Weimarer Redaktion.

* Weimar, 24. Juli.

Der Unterausschuß des Verfassungs-Ausschusses, der für die Beratung des Wahlgesetzes eingeseht worden ist, hat sich bereits eingehend mit der Festlegung der Wahlreform für den zukünftigen Reichstag befaßt. Bestimmte Beschlüsse sind noch nicht gefaßt worden, jedoch ist man zu der Ansicht gekommen, daß wahrscheinlich eine Zusammenfassung aller Wahlangelegenheiten in einem Gesetz notwendig sein wird und daß dieses Gesetz sowohl die Reichstagswahl wie die Wahl des Reichspräsidenten und auch den Volksentscheid enthalten wird.

Das Zündwaren-Monopol im Ausichuß angenommen.

Der 12. Ausschuß der Nationalversammlung (Zündwarensteuer) nahm einen Antrag Raden (Zentrum) und Brey (Soz.) an, wonach die Steuer auf Zündhölzer, Zündpäckchen und Zündkerzen gelten soll bis zum Inkrafttreten eines Herstellermonepols, das spätestens am 1. April 1921 in Kraft treten muß.

Neue Gegenätze zwischen Zentrum und Sozialdemokratie.

In der gestrigen Sitzung des Grundwechselfsteuer-Ausschusses kam es zu harten Zusammenstoßen zwischen den Vertretern des Zentrums und der Sozialdemokraten wegen der Besteuerung der „Toten Hand“.

Rückkehr von Gefangenen aus England?

Amsterdam, 24. Juli.

Die „Daily News“ vom 22. meldet, daß Vorbereitungen getroffen worden sind, um eine größere Zahl deutscher Kriegsgefangener auf dem Wege über Dover-Notterdam in die Heimat zurückzuführen.

Railulis Erfolge gegen die Spanier.

os Rotterdam, 24. Juli.

Wie der „Times“-Korrespondent in Tanager aus sicherer Quelle erzählt, hat die spanische Regierung ihren Truppen in den Gebieten von Teuan, Ceuta und Lorrasch befohlen, die Feindseligkeiten gegen Railulis einzustellen.

Amerikas ostasiatische Sorgen.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

z Bern, 24. Juli.

Der Kampf um die Ratifizierung des Friedensvertrages stetig sich in Amerika von Tag zu Tag. Die Beziehungen des Präsidenten Wilson zu den oppositionellen Senatoren werden immer gespannter, obwohl Wilson sich die größte Mühe gibt, im privaten Zusammenkünften mit der Opposition diese zu überzeugen.

Als Antwort auf den Versuch des Präsidenten, gewisse republikanische Senatoren für seine Anschauungen zu gewinnen, erfolgte die Ankündigung, daß sich 35 republikanische Senatoren bereits schriftlich verpflichtet haben, gegen die Ratifizierung des Friedens zu stimmen.

Die Entwicklung der Schantungfrage wird der öffentlichen Meinung Amerikas folgendermaßen dargestellt: China wurde zwischen Februar und April 1917, als seine diplomatischen Beziehungen mit Deutschland bereits abgebrochen waren, von den Vereinigten Staaten aufgefordert, in den Krieg gegen Deutschland einzutreten.

Aus dieser Sachlage geht die oppositionelle Kritik in Amerika die Schlussfolgerung, daß China entweder von Amerika oder vom Entente betrogen worden sei.

Man nimmt gleichzeitig an, daß diese neuerlichen Zugeständnisse an Japan den Preis für die japanische Unterstützung Koltshals darstellen.